

**Rede des Vorsitzenden  
der FDP-Fraktion im  
Rat der Stadt, Wuppertal,  
Jörn Suika,  
zur Verabschiedung  
des Doppelhaushalts 2010/2011  
in der Ratssitzung am 12. Juli 2010.**

***(Es gilt das gesprochene Wort)***

## Haushaltsrede 2010/2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir heute den Doppelhaushalt 2010/2011 beraten, diskutieren und beschließen wir **nicht nur die Haushaltszahlen**, mit denen dann der Kämmerer und die Verwaltung arbeiten werden, sondern wir beschließen einen Haushalt des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (kurz NKF), der für den Rat das **zentrale Steuerungs- und Controlling-Instrument** für die nächsten beiden Jahre ist.

Zu der aktuellen Haushaltslage, den Forderungen an die Landes- und Bundesregierung sowie die Notwendigkeit von Einsparungen haben wir alle uns **schon im März** anlässlich des ersten Teils des Haushaltssicherungskonzeptes ausführlich geäußert. Daher brauche ich das hier nicht zu wiederholen. Ich werde mich daher auf die vorliegenden Anträge und die Aufgabenstellung an den Haushaltsplan konzentrieren.

< P A U S E >

Wenn man das NKF **lediglich als neue Form der Buchhaltung** verstehen würde, könnte man sich den Ausführungen unseres Alterspräsidenten, Herrn Stadtverordneten Kleins, anschließen und den Rat für funktionslos erklären. Dann wäre es auch nachvollziehbar, dass der Haushalt nicht in den Fachausschüssen beraten wurde. Denn da er absehbar von der Bezirksregierung nicht genehmigt wird, bräuchte man ihn dann hier auch nicht zu diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das NKF ist jedoch deutlich mehr, als nur eine neue Form der Buchhaltung. Das NKF macht den Haushaltsplan zum **zentralen Werkzeug des Rates**, um die Arbeit der Verwaltung zu steuern und zu überwachen. Darum sind in diesem Haushaltsplan hunderte von Zielen für die Verwaltung beschrieben, nach denen sie in den nächsten beiden Jahren arbeiten soll. Dazu sind Kennzahlen aufgeführt, über die wir als Rat die Einhaltung und Umsetzung der Ziele überwachen wollen.

Die FDP-Fraktion hat sich intensiv mit diesen Zielen und Kennzahlen beschäftigt; auch unter Beteiligung hochkarätiger externer Hilfe.

Wir haben diese Ziele und Kennzahlen auch hinterfragt. Teilweise über Anfragen in den Ausschüssen, teilweise auf dem „kleinen Dienstweg“.

Wenn dabei an einigen Fällen einfache Übertragungsfehler aufgefallen sind, wollen wir das gar nicht thematisieren, denn bei dieser Menge an Zahlen, passieren einfach Fehler. **Was nicht passieren darf ist, dass diese den Fachpolitikern nicht auffällt!** Das ging bis soweit, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Produktgruppe zur Beratung vorgelegt wurde, die es gar nicht mehr gibt; Reaktion gleich Null!

**Das ist natürlich kein Wunder, wenn man sich in der Politik nicht mit dem Haushalt auseinandersetzen wollte.** Sei es, dass man die Haushaltsplanberatung wie im Ausschuss Schutz & Ordnung von der Tagesordnung abgesetzt hat, sei es wie im Kulturausschuss, dass die Haushaltsplanberatung trotz vorliegendem Antrag gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Und das dann mit der wahrheitswidrigen Begründung, der Ältestenrat hätte eine Nicht-Befassung des Haushaltsplanes in den Ausschüssen beschlossen. Obwohl der Kämmerer vorher ausdrücklich eine Liste erstellt und umverteilt hat, welche Teile des Haushaltes in welchem Ausschuss zur Beratung anstehen.

< P A U S E >

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Großen Koalition,

Sie dürfen sich jetzt auch nicht wundern, wenn die Verwaltung in den nächsten Jahren das umsetzt, was in diesem Haushaltsplan ausdrücklich als Ziel formuliert ist. Beispielhaft seien genannt:

- der ab dem Jahr 2013 geltende **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsort für Kinder unter 3 Jahre** wird nicht erfüllt werden und kann auch nicht durch Tagespflegeplätze ersetzt werden. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!
- wir werden weitere **Kinderspielplätze schließen**, weil die zur Verfügung stehenden Mittel für eine Grundüberholung nicht zum „Vermögens-/Substanzerhalt“ ausreicht. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!
- In den nächsten Jahren sollen jährlich 1 bis 1,5 ha **Kleingartenflächen aufgegeben** werden. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!
- In den nächsten Jahren sollen jährlich 1,5 bis 2 ha **ausgebauter Grün- und Parkanlagen aufgegeben werden**. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

- In den nächsten Jahren wird jährlich 200 Menschen bei drohender **Wohnungslosigkeit** nicht mehr bei der Erhaltung der Wohnung oder dem Finden einer neuen Wohnung geholfen werden können; ihnen droht also die Wohnungslosigkeit . Dies ist – trotz ausdrücklicher Nachfrage von uns - im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!
- An den Grundschulen wird es keinen Ausbau der **Betreuungsangebote** geben. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!
- In den nächsten Jahren wird das erfolgreiche „**Wuppertaler Hauptschulmodell**“ zahlenmäßig zurückgefahren. Dies ist im Haushaltsplan formuliertes Ziel der Stadt Wuppertal!

< P A U S E >

**Genauso wichtig ist es aber auch zu hinterfragen, was an Zielen und Kennzahlen NICHT im Haushaltsplan steht.**

Nach der letzten Haushaltsplanverabschiedung hat der Rat auf Antrag der CDU der Verwaltung den Arbeitsauftrag erteilt, die Formulierung der Ziele und Kennzahlen zu überprüfen und zu überarbeiten. Die Notwendigkeit hat die Verwaltung Anfang 2008 auch bestätigt.

Leider zeigt sich, dass das nicht in ausreichendem Maße geschehen ist.

Bei sehr vielen Produktgruppen lautet die Zielformulierung wie folgt: *„Umsetzung aller Ziele der der Produktgruppe zugeordneten Produkte“*.

**Dies, meine Damen und Herren, widerspricht völlig dem Sinn und Zweck des Neuen Kommunalen Finanzmanagements!** Die vom Innenministerium NRW mittlerweile in dritter Auflage aufgelegte „NKF-Handreichung für Kommunen“ erläutert dazu ausdrücklich auf Seite 449: *„Die Steuerung der Gemeinde bzw. der gemeindlichen Verwaltung darf sich dabei nicht nur auf die Ziele auf der untersten Ebene der Gliederung des Haushaltsplans erstrecken. Vielmehr müssen alle gemeindlichen Ziele in eine Zielhierarchie eingebunden sein, die ausgehend vom Rat und dem Leitbild der Gemeinde (strategische Ziele), bis in die unterste Verantwortungsebene der Verwaltung (operative Ziele) hineinreicht. Nur so kann ein in sich stimmiges Zielsystem entstehen, das einer kompetenten und ressourcenverbrauchsorientierten Verwaltungsteuerung mit dezentraler Ressourcenverantwortung gerecht werden kann.“*

**Ein solches Zielsystem ist leider in vielen Bereichen dieses Haushaltsplans nicht zu erkennen!** Ein Beispiel: Warum ist die *„laufende Anpassung des Schulentwicklungsplans an die demographischen Prozesse“* nur ein Ziel bei den Grundschulen und nicht bei allen anderen Schulformen? Auch der Schulverwaltung scheint das nicht klar zu sein. Ihre Antwort auf unsere entsprechende Nachfrage: *„Ist halt so!“* Das ist ein ganz klares Beispiel dafür, dass dieses Ziel auf die Produktbereichsebene *„Schulträgeraufgaben“* gehört hätte und dann in den jeweiligen Produkten konkretisiert werden müsste. Diese Konkretisierung fehlt dann leider bei uns!

< P A U S E >

Auch der **Zweck von Kennzahlen** scheint nicht wirklich durchgängig klar zu sein, wenn ich in der oben zitierten NKF-Handreichung die Erläuterung finde *„Kennzahlen setzen sich in der Regel aus zwei oder mehr Grundzahlen zusammen und enthalten quantitative und aussagekräftige Informationen“*. In unserem Haushaltsplan sieht das viel zu häufig wie folgt aus: *„Kennzahl: Zielerreichungsgrad in Prozent = 100“*. So kann eine Steuerung der Verwaltung durch den Rat nicht gelingen! **Daher dürfen wir als Rat uns mit solchen Zielen und Kennzahlen auch nicht zu Frieden geben!**

Bevor Herr Nocke jetzt meint, ich hätte es auf seinen Geschäftsbereich besonders abgesehen: Ich möchte ganz ausdrücklich den **Stadtbetrieb Stadtbibliothek loben**. In diesem Stadtbetrieb ist die Erstellung, der Aufbau und die Kennzahlenbeschreibung der Ziele wirklich hervorragend geschehen. Sie können im Band 2 des Haushaltsplanes das Oberziel der Stadtbibliothek, „Steigerung der Gesamtnachfrage“ ablesen und in sinnvoller Art quantitativ nachvollziehen. In Band 3 des Haushaltsplanes findet man die Einzelziele, wie das erreicht werden soll und wie man den Erfolg dieser Einzelmaßnahmen messen kann“. Wirklich vorbildlich!

< P A U S E >

Ziele und Kennzahlen gerade auf der Produktbereichs- und Produktgruppenebene müssen auch so formuliert sein, dass sie **über einen gewissen Zeitverlauf eine Entwicklung ersichtlich machen!** Das man gerade zu Beginn des NKF's derzeit auch mal das ein oder andere Ziel und die dazugehörige Kennzahl ändert, ist völlig nachvollziehbar. Wenn aber neue Ziele so formuliert sind, dass sie sich auf eine einmalige Veränderung zum Vorjahr beziehen, ist schon jetzt klar, dass sie beim nächsten Haushaltsplan unbrauchbar sind. Solche Zielbeschreibungen müssen verhindert werden. Da scheint das Feinkonzept „Ziele und Kennzahlen“ der Stadtverwaltung noch nicht auszureichen!

< P A U S E >

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushaltsplanentwurf bietet aus den oben genannten Gründen nicht die Grundlage dafür, dass wir als Rat unsere Aufgabe der Kontrolle der Verwaltung wahrnehmen können!!!

**Die FDP-Fraktion wird daher den Haushaltsplan ablehnen!**

**Wir hoffen, dass für den nächsten Haushaltsplan die Fachausschüsse frühzeitig in die Erarbeitung der Ziele und Kennzahlen eingebunden werden!**

< P A U S E >

Ich möchte im Weiteren auf die verschiedenen Einzeldrucksachen eingehen, die wir gleich abstimmen werden:

Wir werden der **Vorlage zur Landschaftsumlage nicht zustimmen**, da die Zahlen für 2011 bis 2014 bewusst zu niedrig angesetzt werden. Es hilft uns nichts, wenn wir die Zahlen politisch motiviert schön rechnen, hinterher aber die Konsequenzen ziehen müssen, indem wir die die Ansätze nach und nach nach oben anpassen!

< P A U S E >

Ohne auf die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer kommunalen Hotelsteuer eingehen zu wollen, die von zahlreichen Oberbürgermeistern negativ beschieden wird, lehnen wir den **Antrag der Grünen auf eine Kulturförderabgabe** aus inhaltlichen Gründen ab.

*„Wir setzen uns für die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Hotels ein, nicht weil wir uns dadurch dann spürbar niedrigere Preise für die Hotelgäste versprechen, sondern weil wir uns Impulse erwarten*

*a) in der Frage reguläre Arbeitsplätze versus „Grauarbeit“ und versus Selbstausbeutung bzw. Ausbeutung von Familienangehörigen und*

*b) im Hinblick auf den dringend zur Beseitigung anstehenden Investitionsstau. Auch geht es um*

*c) Wettbewerbsgleichheit im grenznahen Raum wie in Metropolen (22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten wenden einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für ihre Hotellerie an).“, so am 11.05.2009 Dr. Martin Runge, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bayerischen Landtag.*

Der heute zur Abstimmung stehende Antrag **widerspricht also völlig der Argumentation in Ihrer eigenen Partei** und war daher wohl ausschließlich Ihrer Landtagswahlkampagne geschuldet!

Dass eine solche Abgabe **nicht zweckgebunden in die Kulturförderung**, sondern in den allgemeinen Haushalt fließt, wissen die Grünen auch genau, versuchen aber die Öffentlichkeit darüber zu täuschen.

Wenn man dann noch sieht, dass unser „**erstes Haus am Platz**“ gerade seine Tore geschlossen hat und unsere Hotellerie in Wuppertal eher unter zu geringer Auslastung leidet, als dass sie nicht wüsste, wohin mit ihren Gewinnen, zeigt das, dass Ihr Antrag zwar schön aus Köln abgeschrieben ist, aber gerade deswegen mit der Situation in Wuppertal nichts, aber auch gar nichts, zu tun hat.

< P A U S E >

## Der **Antrag der WfW zur weiteren Rationalisierung im Personalbereich**

erscheint erst einmal durchaus sympathisch. Wenn schon der Kämmerer deutlich mehr Einsparpotential im Personalbereich sieht, als bisher im HSK vorgesehen ist, könnte man das ja auch durchaus direkt in das Haushaltssicherungskonzept schreiben. Wir befürchten jedoch, dass wir auch damit **unser Potential schön rechnen würden** und die Verwaltungsspitze dann zu Personaleinsparungsmaßnahmen greifen müsste, die wir als Rat auch gar nicht wollen. Durch die strengen Vorgaben der Personalbewirtschaftung ist die Verwaltung auch ohne die Vorgabe aus dem Haushaltsplan gezwungen, jede einzelne freiwerdende Stelle auf den Prüfstand zu stellen. Sollte das Einsparpotential höher sein, als im Haushaltsplan vorgesehen, wird sich das durch diese Vorgabe auch einstellen. **Und auf jede solche Erhöhung des Einsparpotentials sind wir trotz aller HSK-Maßnahmen angewiesen.** Andererseits haben wir bereits jetzt das Problem, dass Pflichtaufgaben nicht erfüllt werden (siehe Gesundheitsamt) oder gerade eingeschränkt werden (siehe Jugendzentren oder Beihilfestelle für Lehrer). Gerade in solchen Fällen ist es notwendig, dass wir uns den Spielraum für die Neubesetzung dieser Stelle erhalten. Das würde ich durch den WfW-Antrag gefährdet sehen.

Wichtiger ist für uns dabei die Frage, wie die **Personalplanung in der Verwaltung** aussieht und welche Stellen strategisch wegfallen werden. In diese Frage sollten wir uns als Politik unserer Meinung nach stärker einbringen! Zum Beispiel dann auch in die Frage, welche Stellenneubesetzungen bei der Bezirksregierung beantragt werden. Wenn ich dann die **Unterschiede zwischen den Aussagen des Kämmerers** über das, was an Neubesetzung erlaubt oder nicht erlaubt ist, **und der Antwort auf entsprechende Nachfragen bei der Bezirksregierung** vergleiche, gibt es dort sicherlich noch den ein oder anderen Spielraum, bei dem wir uns auch als Politik einmischen sollten!

< P A U S E >

**Wir stimmen heute dem 2. Teils des Haushaltssicherungskonzeptes zu,** auch wenn wir durchaus bereit gewesen wären, gemeinschaftlich weitere Einsparungen mit zu tragen (beispielhaft bei der Parkraumbewirtschaftung, den Grünflächen oder den BV-Mitteln) – nicht weil diese immer mit unseren politischen Forderungen übereinstimmen, sondern weil es einfach notwendig gewesen wäre, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Hier hätte man durchaus mehr einsparen können, als wozu die Große Koalition heute bereit ist. **Bei allen Einsparungen, die wir jetzt nicht vornehmen, müssen wir uns spätestens beim nächsten HSK zu Recht fragen lassen, warum wir diese Maßnahmen nicht schon früher getroffen haben.**

Beispielhaft bringen wir heute mit dem **Verkauf von Teilen der GWG** einen Vorschlag des Oberbürgermeisters als Änderungsantrag ein, hinter dem wir auch inhaltlich stehen. Die SPD hat diesen Punkt aber von vorne herein ausgeschlossen, ohne mit den anderen Fraktionen zu diskutieren, was als Gesamtpaket gemeinsam möglich gewesen wäre. Auch in den von Dr. Kühn vorgelegten Einsparvorschlägen hätte man ohne das SPD-Veto durchaus gemeinsam einige zusätzliche Punkte finden können. **Durch diese Einstellung der SPD hat die Stadt Wuppertal Einsparmöglichkeiten vertan!**

< P A U S E >

**Steuererhöhungen können für uns nur das aller letzte Mittel sein**, um das Defizit zu reduzieren. Wie gerade beschrieben nutzen wir leider nicht alle Mittel aus.

Diese Steuererhöhungen haben negative Konsequenzen für Wuppertal!

*„Firmen beginnen sich nach der tiefsten Rezession der Nachkriegsgeschichte langsam wieder zu erholen und aus der Kurzarbeit zu kommen. In dieser fragilen Situation sollte man die Leistungskraft der Unternehmen erhalten“.* Mit diesen Worten hat sich der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith (CDU) gegen die dort von SPD, Grünen, Bürgergemeinschaft und Linken beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer gestemmt. Dies sollte auch bei uns gelten! Unsere Standortwettbewerber sind nicht Münster und Bielefeld, sondern Velbert, Wülfrath, Haan, Hilden und Langenfeld; letztere schuldenfrei mit dem rekordverdächtig niedrigen Hebesatz von 360 Punkten.

Bei den Wohnnebenkosten fügen sich in Wuppertal die vielen **Einzelposten zu einem Puzzle** zusammen. Wenn man zum Beispiel bei den Kosten für Wasser und Abwasser besonders hohe Gebühren nehmen muss, sollte man nicht auch noch bei der Grundsteuer besonders teuer sein wollen.

**Daher lehnen wir die vorgeschlagenen Erhöhungen der Grund- und der Gewerbesteuer heute ab.**

< P A U S E >

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Verabschiedung des Haushaltes sind wir nicht am Ende der Beratungen über die **finanzielle Zukunft unserer Stadt**, sondern erst am Anfang!

Trotz aller Hilfen von Land und Bund, die jetzt erwartet / erhofft / versprochen werden, müssen wir uns weiter die Frage beantworten, welche Aufgaben unsere Stadt dauerhaft noch erfüllen muss und wie wir sie effizienter erfüllen können.

**Für diese Aufgabe erhoffen wir uns zukünftig eine deutlich  
breitere Diskussion zwischen den Fraktionen und auch eine  
breitere Einbeziehung der Bürgerschaft.**

Und wir dürfen uns nicht selber ständig einreden, dass wir als Rat eigentlich überflüssig seien! **Gerade jetzt sind wir gefragt!**

< P A U S E >

## Die **FDP-Ratsfraktion setzt sich dabei ein für**

- die Stärkung der Wirtschaftskraft in Wuppertal, um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen,
- eine solide und transparente Haushaltsführung, um Einsparpotentiale heben zu können und
- die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, um die Bürger auf diesen Weg mit zu nehmen.

**Herzlichen Dank!**